

Wie können Sie an dieser Online-Veranstaltung teilnehmen?

Ganz einfach: Mit diesem Link auf die folgenden Facebook-Seiten:

<https://www.facebook.com/EsgehtumGerechtigkeit> oder
<https://www.facebook.com/kathrin.vogler>

Dort können Sie (ohne bei Facebook angemeldet zu sein) die Podiumsdiskussion am 3.12. **live verfolgen**.

Wenn Sie **mitdiskutieren wollen**, können Sie an der gleichzeitig stattfindenden Zoom-Videokonferenz teilnehmen. Dazu benötigen Sie einen Computer mit Kamera und Mikrofon, z.B. einen Laptop, der das standardmäßig beinhaltet. Wenn Sie den folgenden Link

<https://us02web.zoom.us/j/82103888211> anklicken, erscheint der Startbildschirm von Zoom. Eventuell müssen Sie oben rechts die Sprache auf deutsch umstellen. Wenn Sie zuvor noch an keiner Zoom-Konferenz teilgenommen haben, müssen Sie zunächst den Zoom-client auf Ihrem Rechner installieren (ein kleines Programm, das den Ablauf sicherstellt). Folgend Sie dazu dem erscheinenden Dialog zum downloaden/speichern. Klicken Sie anschließend auf die heruntergeladene Datei, um sie zu installieren. Ist dies geschehen, können Sie dem Meeting beitreten. Dies geschieht automatisch, eventuell müssen Sie den entsprechenden Button anklicken. Der Zugang ist bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Diskussion möglich.

weitere Infos unter
www.wit-friedensforum.de

Wir laden ein:

Donnerstag,
03. Dezember 2020, 18 Uhr

Online - Veranstaltung mit den beiden Mitgliedern des „Interfraktionellen Parlamentskreises Atomwaffenverbot“

Kathrin Vogler
(MdB, Die LINKE)

und

Ralf Kapschack
(MdB, SPD)

Veranstalter:



Wittener
Friedensforum



Witten - Hagen

Kontakt:

Wittener Friedensforum
c/o Joachim Schramm
Holzstr. 67
58453 Witten



**"Atomwaffen
verbieten jetzt!"**

**Online-Veranstaltung mit
Kathrin Vogler (MdB) und
Ralf Kapschack (MdB)**

03. Dezember 2020
Live im Internet

www.wit-friedensforum.de

75 Jahre nach Abwurf der ersten beiden Atomwaffen auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945 ist die Gefahr eines alles vernichtenden Atomkrieges so groß wie seit den Zeiten des Kalten Krieges nicht mehr. Darauf verweisen nicht zuletzt Experten aus den USA. Dafür haben drei parallele Entwicklungen in den letzten Jahren gesorgt:

- Nach anfänglichen Annäherungen zwischen Russland und der NATO in den 90er Jahren ist inzwischen eine neue, zunehmende **Konfrontation** Realität. Die NATO-Osterweiterung, die Konflikte Russlands mit den Nachbarländern Georgien und Ukraine, die Militärinterventionen des Westens im Nahen und Mittleren Osten, die Vorwürfe der Manipulation der US-Wahlen 2016 durch Russland sowie Manöver und Truppenkonzentrationen beider Seiten an der russischen Westgrenze haben zu einem Klima gegenseitigen Misstrauens geführt.

- Die zweite Entwicklung ist der voranschreitende Niedergang der **Rüstungskontrolle**. Im Kalten Krieg waren NATO und Warschauer Vertrag bemüht, durch verschiedene Abkommen ein unkontrolliertes Wettrüsten zu verhindern. Diese weiterhin wichtigen Verträge werden jedoch seit mehreren Jahren nach und nach gekündigt, so der ABM-Vertrag über Raketenabwehrsysteme oder zuletzt der INF-Vertrag über Mittelstreckenraketen. Auch der Atom-Teststopp-Vertrag und die Zukunft des New START-Vertrages über Interkontinentalraketen sind unsicher. Damit einher geht eine Beendigung des Dialogs zwischen beiden Seiten, der in der Vergangenheit in Krisen eine Eskalation verhindern konnte. So wurde der NATO-Russland-Rat eingefroren, dem US-Militär ist es per Gesetz verboten, mit russischen Militärs zu

kooperieren. Damit ist die Klärung von Missverständnissen bei militärischen Aktionen der anderen Seite extrem eingeschränkt.

- Die dritte Entwicklung besteht in der Neuentwicklung modernster **Waffensysteme**. Schon seit Jahren werden auf beiden Seiten Atomwaffen und deren Trägersysteme modernisiert. Hinzu gekommen sind Hyperschall-Raketen, die die Reaktionszeit für eine mögliche Gegenmaßnahme drastisch reduzieren. Ebenfalls neu sind die Möglichkeiten der

atomwaffenfrei.
**jetzt**

Cyberkriegsführung, mit der Warnsysteme manipuliert und Fehlalarme ausgelöst werden können. All das führt zu einer starken Verunsicherung über die angemessene Reaktion und kann im Zweifelsfall auch zur ungewollten Anwendung von Atomwaffen führen, um einem befürchteten Vernichtungsschlag zu entgehen.

Zusammen genommen bewirkt das einen Zustand der **strategischen Instabilität** und damit Kriegsgefahr, was jedoch in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, bzw. aktuell durch Corona verdrängt wird. Deutschland ist durch diese Instabilität besonders gefährdet, da es als wichtiges NATO-Land in der Mitte Europas zentrale militärische Einrichtungen der Militärallianz beherbergt. Im Rahmen der Nuklearen Teilhabe sind außerdem auf deutschem Gebiet auch US-Atombomben stationiert.

Unser Land ist also vorrangiges Zielgebiet von möglichen Gegenschlägen.

Umso unverständlicher ist es, dass Deutschland sich weigert, den neuen **UN-Atomwaffenverbotsvertrag** zu unterstützen. Mit dem 2017 von 120 Staaten beschlossenen Vertrag will die Weltgemeinschaft einen neuen Schritt unternehmen, die **Menschheitsbedrohung Atomwaffen** zu beseitigen. Inzwischen haben 50 Staaten den Vertrag ratifiziert, im Januar wird er rechtskräftig. Damit sind die Herstellung, die Lagerung und die Anwendung von Atomwaffen völkerrechtswidrig. So geht der Vertrag weit über den Atomwaffensperrvertrag hinaus, der den Atommächten quasi das Nutzungsrecht von Atomwaffen einräumte.

Inzwischen gibt es auch zunehmende Kritik an der **Nuklearen Teilhabe**. So fordert der SPD-Fraktionsvorsitzende Mützenich deren Beendigung. Viele Menschen treten der Atomkriegsgefahr entgegen und fordern die Unterstützung des Atomwaffen-Verbotsvertrages durch Deutschland ein. Im Bundestag hat sich 2019 ein **„Interfraktioneller Parlamentskreis Atomwaffenverbot“** gegründet. Abgeordnete, vor allem von SPD, Grünen und Linkspartei, setzen sich für die Unterzeichnung des Vertrages durch Deutschland ein. Auch auf der kommunalen Ebene wächst eine Bewegung für das Atomwaffenverbot. Über 100 Städte haben den "ICAN-Städteappell" unterzeichnet und fordern die Bundesregierung zur Unterzeichnung des UN-Vertrages auf.

Bei unserer Veranstaltung werden zwei Mitglieder des Parlamentskreises über die aktuelle Diskussion um die Atomgefahr berichten. Auch der mögliche Beitritt Wittens zum ICAN-Städteappell wird Thema sein.